

ob die Staats- und Amtsanwälte nicht angewiesen werden könnten, den Polizeibehörden auf deren Strafangelegenheiten kurze Nachrichten zukommen zu lassen, ob die strafrechtliche Verfolgung eingeleitet ist oder nicht. Justizminister v. Schelling: Nach den übereinstimmenden Verfügungen der Oberstaatsanwälte erscheint eine derartige Mitteilung nicht rätlich. Abg. Dr. Bertlich (Freiconl.) meinte, im Interesse einer Erleichterung des Dienstes der Amtsanwälter wäre die Erteilung eines kurzen Bescheides wohl erwünscht. Abg. Dr. Grimm (nat.-lib.) wünschte eine Verbesserung der Lage der Actuare, die in großer Zahl Jahre lang unentgeltlich für den Staat arbeiten müssen. Die Folge sei dann nicht selten, daß diese Leute unter dem collectiven Begriff „Socialdemokraten“ erscheinen. Abg. Bachem (Cit.) wünschte Verbesserung der Lage der Actuare in der Rheinprovinz durch Erzielung neuer Gerichtspräsidenten. Geh. Rath Eichholz erwiderte, die Stellenvermehrung sei für den nächsten Etat in Aussicht genommen. Der Rest der ordentlichen Ausgaben wurde genehmigt und dann die Sitzung auf Mittwoch 11 Uhr vertagt. (Anträge und Petitionen.)

**Oesterreich-Ungarn.** Das ungarische Abgeordnetenhaus genehmigte nach kurzer Debatte den Gesetzentwurf, bezüglich der Erleichterung eines Denkmals für Andrássy auf Staatskosten. Nur die äußerste Linke stimmte dagegen. Die Redner feierten Andrássy vorwiegend als Schöpfer des deutschen Bündnisses und drückten die Hoffnung aus, dasselbe werde auch in Zukunft eine Schutzwehr des europäischen Friedens bleiben.

**Italien.** Wie aus Rom gemeldet wird, genehmigte die Kammer mit 210 gegen 25 Stimmen die Vorlage, die Apanage des Herzogs von Aosta seiner Familie zuzuerkennen. — Crispi legte den Friedens- und Handelsvertrag mit dem Sultan von Haussa vor.

**Frankreich.** Der Austritt des bisherigen Ministers des Innern, Constans, und seine Ersetzung durch den radical angelegenen Pariser Advocaten Bourgeois hat diesmal noch nicht zu einer allgemeinen Ministerkrise Anlass gegeben, obwohl die Freunde des Herrn Constans sich rechtshoffene Kräfte gaben, dem Premierminister Tirard den Boden unter den Füßen fortzuziehen. Mit 249 gegen 200 Stimmen bewilligte die Deputiertenkammer aber dem Cabinet ein Vertrauensvotum, indem sie zugleich die Ueberzeugung aussprach, die Regierung werde eine entschiedene republikanische Politik verfolgen. Trotz dieser Kammerbeschlüsse, den es den Radicals zu danken hat, ist aber die Lage des Ministeriums Tirard recht fatal. Es befindet sich zwischen zwei Stühlen. Thut es jetzt nicht, was die Radicals wollen, so wird es bei der ersten passenden Gelegenheit von den Radicals über den Haufen geworfen. Und läßt es sich von den Radicals leiten, so erhält es die Oppositivität zu Gegegnen. Der Anfang vom Ende des Cabinets Tirard scheint also gekommen zu sein. Dank der Uneinigkeit der Republikaner. Ein Jahr ziemlich hat die Einigkeit unter den Republikanern glücklich gedauert. Jetzt ist es damit zu Ende. Die Pariser Blätter aller Parteien sind denn auch darin einig, daß die Stellung der Regierung vollständig erschüttert bleibe. Das Journal des Debats bemerkt, selten habe ein parlamentarisches Cabinet ein kühneres Schauspiel gegeben, als jetzt das Ministerium Tirard. Frankreich habe in Wahrheit seit Montag eine neue Regierung unter dem Präsidium des Ministers Bourgeois, der wieder von den radicales Führern Clemenceau und Floquet geleitet werde. Besser wäre es schon gewesen, mit dem ganzen Cabinet ein Ende zu machen. — Die französischen Truppen in Senegambien haben den schwarzen Soldaten des Königs von Dahomey, der die französische Colonie angegriffen hatte, eine erhebliche Niederlage beibracht.

**England.** Im Parlament zankten sich jetzt die Parteien um Geschäftsordnungsfragen herum. Interesse für außerenglische Reife haben dieselben nicht. — Großbritannien wird auf der Berliner Arbeiterkongress durch drei Abgeordnete aus dem Kreis der Arbeitgeber vertreten sein. — Die britische indische Gesellschaft wird sich mit der afrikanischen Seengesellschaft vereinigen. Das Terrain der Seengesellschaft ist es, welches man Portugal fortgenommen hat. — Die englischen Kohlenarbeiter haben jetzt definitiv beschlossen, am 15. März ausnahmslos die Arbeit niederzulegen, wenn ihnen nicht die geforderte Lohnvermehrung bewilligt wird.

**Orient.** Zwischen Serbien und Bulgarien sind wieder einmal, wie schon öfter, kleine Fankereien ausgebrochen, zu welchen das Ausrufen des bulgarischen Vertreters in Belgrad, der sich allerlei herangeworfen haben soll, Anlass gegeben zu haben scheint. Auf der anderen Seite klagt die bulgarische Regierung über das ungenügende Treiben postnawistischer Agenten in Serbien, die dort bei hellem Tage ungeschindert gegen Bulgarien conspirieren. Solche Streiche sind, wie gesagt, schon ziemlich häufig dagewesen, und sie haben nicht die allergeringste größere Bedeutung. — Vorige Woche hatte die bulgarische Regierung auf Grund der bei den Teilnehmern der letzten Reichsversammlung beschlossenen Savice bekanntlich constatiren

lassen, daß ein russischer General unterwegs nach Bulgarien gewesen sei, um die Diktatur im Falle des Gelingens der Erhebung zu übernehmen. Jetzt erklärt das Petersburger Journal, von dieser ganzen Erklärung sei kein Wort wahr. Die Antwort darauf wird wohl aus Bulgarien kommen.

**Äfrika.** Major Wismann's Vertreter, Major Liebert vom Großen Generalstabe in Berlin, ist mit 23 deutschen Offizieren, welche in die Schutztruppe eintreten sollen, in Jangibar eingetroffen. — Für die deutsche Schutztruppe in Ostafrika finden seit einiger Zeit erhebliche Rekrutierungen in Ägypten statt. Seit Mitte Februar werden in Kairo etwa tausend Mann eingeeicht, hauptsächlich Sudauesen, darunter ein Theil der Leute Emin Pascha's. Das gesamte angeworbene Contingent beläuft sich auf 1500 Mann, welche am 10. März von Ägypten nach Jangibar abgehen werden. — Von Dr. Peters weiß man etwas Gewisses immer noch nicht. Die Nachricht, daß französische Missionäre mit Dr. Peters am Tana zusammengetroffen seien, die wir schon Ende Januar als falsch bezeichneten, wird nun auch durch das folgende bei dem Emin-Pascha-Comitee in Berlin eingetroffene Telegramm aus Jangibar widerlegt: „Englische, sowie französische Redaktionen durchaus unrichtig, verwechselt sich mit Peters. Derselbe ist vermuthlich in Kaborondo (Bucht des Victoria-Nyanza). Ich sende durch Uganda-Missionäre Nachricht an Peters. Vorher.“

### Vom Landtage.

Die 2. Kammer verwies am 4. März zunächst das Decret betreffend eines Uebereinkommens mit der schwarzburg-rudolstadtischen Regierung über die Vollziehung von Gefängnisstrafen an die Finanzdeputation A, und genehmigte hierauf den Etat der Gesundheits-Anstalt. Zum Capitel Polizei-Direction Dresden: (Präsident Haberkorn hatte den Vorsitz) unter dem Vorsitzenden Streit abgelesen wurde der Berichterstatter v. Dehlschlängel, daß sich die Deputation mit dem zwischen der Stadt Dresden und der Regierung bezüglich der Einverleibung von Strecken und Hofgärten getroffenen Uebereinkommen, wonach Dresden fünfzig einen weiteren Beitrag von 20,000 Mk. jährlich zu den Kosten der städtischen Polizeiverwaltung zu zahlen habe, nicht für befriedigt erklären könne, sondern Ueberlegung beantragt. Der Beitrag der Stadt Dresden zu den Gesamtkosten der Polizei betrage jetzt nur 12 Prozent; es sei deshalb an der Zeit, eine Minderung dieses Beitrags einzuwirken zu lassen. Abg. Raden beschwerte sich hierüber über das gegen die socialdemokratischen Verursachungen gerichtete Polizeiverbot von Befreiung von Durchschriften auf öffentlichen Straßen &c. Nicht die Socialdemokratie habe den Boykott herausgeschrien, sondern die heute dominirenden Parteien und die Regierung selbst. Hauptsächlich sei behauptet worden, daß bei dem Vertheilen von Flugblättern erst durch das Einschreiten der Polizei ein Tumult verübt worden sei. In Wahrheit: gerade von Unteroffizieren und Feldwebeln des Schützen- und Garderegiments seien die Leute gerepelt und aufgefordert worden, Kravall anzufangen. (Präs. Streit sprach e. d. Redner hierbei darauf aufmerksam, daß er Beschuldigungen gegen Mitglieder des Heceres ausspreche und dieselben nach U-finden werde beweisen müssen.) Abg. Raden: Das Kriegsministerium verhalte gegen jeden Wehrdienstmann, der socialdemokratisch angehaucht sei, das Militärverbot. Hierbei erklärte die Militärverwaltung, sie bekomme ihre Instruktionen von den Polizeibehörden. Da das Kriegsministerium selbst das Verbot-System in ausgedehnter Weise handhabt, könne er also mit vollem Rechte die frühere Behauptung des Ministers des Innern zurückweisen, daß die Socialdemokraten die Urheber dieses Verhältnisses seien und zu ihren Parteizwecken den Reuten die eifrige Fährung entziehen. Abg. Döry: Bei den Socialdemokraten sei der Zweck des Boykottens die Verfolgung ihrer Parteizwecke und die Vernichtung der bürgerlichen Existenz anderer, den Militärverboten aber liege die berechtigste Absicht zu Grunde, die Disciplin innerhalb des Heeres aufrecht zu erhalten. Abg. Bebel: Es sei ihm inter. ssa. zu erfahren, daß die Stadt Dresden trotz des großen Verdrages des Staates zu den Kosten der Polizei ohne polizeilichen Schutz sei. Gegen den hohen Staatszuschuß werde er auch diesmal stimmen. Den Militärbehörden sei es mit den Militärverboten nur um eine Schädigung der betreffenden Geschäftskreise zu thun, nicht um die Aufrechterhaltung der Disciplin. (Präs. Streit rief den Redner zur Ordnung. Der Militärbehörde läge eine solche Absicht fern.) Bebel: Ich werde das erst glauben, wenn es der Herr Kriegsminister selbst sagt. Der Herr Präsident ist mir für eine solche Erklärung nicht kompetent. (Präs. Streit verbat sich jede Kritik und wiederholte dies, als Abg. Bebel nochmals äußerte, der Präsident überschreite seine Function.) Abg. Bebel (fortsetzend): Der so schwachvoll genudete „pflichttreue Beamte“ Commissar Paul sei es ganz besonders gewesen, der in dieser Art der Bekämpfung der Socialdemokratie eine Stärke gesucht habe. Die Unpopulären, die derselbe seit zehn Jahren ausgeführt, seien auch den oberen Behörden bekannt gewesen. Man habe sich um gewundert, daß sie es so hingehen ließen, bis endlich die Katastrophe eintreffe. Hierbei sei auch der Herr Polizeipräsident mit verwickelt, der sich mit dem Commissar Paul so weit eingelassen habe, wie ein hoher Beamter es nicht thun dürfe. Man habe mehr Nachsicht gehabt, als zu billigen sei. Die Bewandlung zu den zahlreichen Militärverboten sei bei den Behörden übrigens die Erwägung gewesen: „Wenn wir es dahin bringen, daß die Wirthschaft der Localen Socialdemokraten verweigern, so sind wir der Eventualität entgehen, die Versammlungen zu verbieten.“ Staatsminister v. Rostk-Scholtz: (fortsetzend): Der so schwachvoll genudete „pflichttreue Beamte“ Commissar Paul sei es ganz besonders gewesen, der in dieser Art der Bekämpfung der Socialdemokratie eine Stärke gesucht habe, wie man die Verursachungen mit den Militärverboten in Verbindung bringen könne. Die Militärbehörde handle einfach in der Erfüllung einer ihr obliegenden Pflicht. Der frühere Commissar Paul stehe jetzt vor einem höheren Richter. Er nehme deshalb Anstoß, zu seiner Entschuldigung oder zu seiner Verurtheilung etwas zu sagen. Es handle sich lediglich darum, ob die vorgelegte Behörde ihre Pflicht gethan, oder gegen ihre Pflicht Rücksicht gehabt. Die Sache sei jetzt zu einer Act Staatsaction aufgebauet. In socialdemokratischen und freisinnigen Blättern sei der Commissar Paul als besonderer Liebling des Ministers bezeichnet und daran die Bewandlung auf eine bevorstehende Aenderung in der Leitung des Ministeriums geknüpft worden. Wenn eine solche Aenderung eintreten sollte, sei Niemand mehr erfreut darüber als er, denn er würde dann seine Zeit besser anwenden können, als Reden anhören, die doch nur zum Heulere hinarbeiteten. Den Commissar Paul aber habe er nur zweimal gesprochen und auf der Straße würde er ihn kaum erkannt haben. Die Behörden hätten wohl gewußt, daß derselbe Schuld habe, aber nie sei eine Befehrwende über denselben an die Behörden gekommen. In dem ersten Tage, wo ihm gesagt worden, daß der Commissar Paul angeklungen öffentlich gesprochen worden sei, habe er den Polizeipräsidenten zu sich kommen lassen und gesagt, daß Paul aus dem Dienst entlassen werden solle. Das sei zwei Tage nachher geschehen. Der Commissar Paul sei übrigens selbst in der socialdemokratischen Presse als ein gutmüthiger Mensch bezeichnet worden; von einem solchen dürfte man doch wohl

kaum voraussetzen, daß er es als Sport betreibt, den Socialdemokraten die Versammlungsorte zu entziehen. Der Boykott sei nicht nur gegen Wirthschaft getrieben worden, sondern man habe sogar Barbaree genöthigt, socialdemokratische Blätter zu kalten. Bezüglich Streikens bedauerte der Minister die durch den Antrag der Deputation bewirkte Verzögerung der Einverleibung. Wenn die Stadt in dieser Frage entgegenkäme, wäre es der Regierung sehr angenehm. Abg. Bebel: Erst in der Nothwehr sei die Socialdemokratie zum Boykott geschritten. Daß diese Maßregel gegen die Vertheilung von Stoffen, bestreite er, denn erst auf eine gegenseitige Entscheidung des Oberlandesgerichts hin habe sich die Socialdemokratie zu diesem Vorgehen entschlossen. Die Angelegenheit des Commissars Paul habe er erst auf die Provocation des Abg. Döry hin zur Charakterisirung der Dresdener Verhältnisse vorgebracht. Es sei kein Zweifel, daß derselbe die treibende Fieber zu den gegen die Socialdemokratie gerichteten Maßnahmen gewesen. Er zweifle nicht daran, daß der Minister nichts von dem Treiben Paul's gewußt habe, seine Partei aber sei seit vielen Jahren über das Privatleben desselben und auch seine Uebeln auf's Beste unterrichtet und man habe Vergleiche zwischen dem Privatleben und der öffentlichen Stellung angestellt. (Präs. Streit schreibe die weiteren Auslassungen des Redners mit dem Bemerkten ab, daß er die Beleidigungen des Herrn Polizeipräsidenten als nicht schädlich zurückweisen müsse.) Kriegsminister Graf v. Fabricé: Der Beruf der Armee sei, Stellung, Macht, Ansehen und Besitz des Vaterlandes nach Außen zu sichern, im Innern aber Ruhe, Gesetz und Ordnung zu gewährleisten. Dieser Beruf der Armee stehe im großen Gegensatz zu den Bestrebungen der socialdemokratischen Partei. Er wolle sich daher nur auf die Erklärung beschränken, daß die verschiedenen Militärverbote seitens der Militärbehörden im Einverständnis mit dem Ministerium erfolgt seien, und daß das Ministerium dafür die Verantwortung übernimmt. Der Abg. Raden habe Beschuldigungen gegen Unteroffiziere des Schützen- und Garderegiments ausgesprochen. Nach § 14 der Landtagsordnung sei der Betreffende verpflichtet, auf Verlangen der Regierung die Namen der Personen anzugeben. Er ersuche den Abg. Raden hierum, dann werde sich herausstellen, auf welcher Seite die Bewandlung zu den Tumulten zu suchen sei. Er sei überzeugt, daß die Unteroffiziere sich nicht ohne Bewandlung des Unwillens jener Herren angezogen hätten. Nachdem ein Antrag auf Schluss der Debatte zur Annahme gelangt, verlegte die Kammer gegen 14 Stimmen dem Antrag wegen der Einverleibung Strecken ihre Zustimmung und bewilligte gegen die 8 Stimmen der Socialdemokraten den Etat der Dresden Polizei. — Zum Capitel „Medicineeinrichtungen“ befreitete Abg. Klemm warm die Einrichtung eines Gesundheits-Büreaus. Abg. Weglich bat, scharfer gegen das Geheimnissverwehren vorzugehen. Geheimr. Rath Schmedel entgegnete, dieser Wunsch sei bereits verwirklicht, indem durch das Landes-Medicinal-Collegium Geheimnissmittel untersucht und ihre Zusammenfassung bekannt gegeben werde. Zum Capitel „Thierärztliche Hochschule“ plaidirte Abg. Döry für die mögliche Beschränkung der Dissection. Geh. Rath v. Charpentier entgegnete, daß bereits früher in diesem Sinne Verfügungen erlassen worden seien. Schließlich wünschte Abg. v. Dehlschlängel noch, daß die staatlichen Organe des Veterinärwesens in möglichster Weise Beziehungen zu den Thierärzten treten möchten. Staatsminister v. Rostk-Scholtz erklärte, die Anträge in Erwägung zu ziehen. Schließlich gelangte d. r. g. amate Etat des Polizei- und Medicinalwesens zur Annahme.

In der 1. Kammer gelangten am 4. März ausschließlich die wichtigsten zur Schlußberatung. Entsprechend den Beschlüssen der 2. Kammer lag das Haus n. A. die B. j. u. w. und Petition des Herrn J. B. Reiter u. Gen. in Kappell, die Zusammenfassung des dortigen Gemeindevorstandes betreffend, ohne Debatte und einstimmig auf sich beruhen. Laut Anzeige der 4. Deputation wurden auf Grund des § 23 der Landtagsordnung die Petitionen des Bergbauwärters Wiggel in Riederwischky u. G. Stöber, der Wittwe Weglich in Ramm, des Gutbesizers Doherty in Wenigossa, des Ehegatten Heiler in Tharandt, des Ausglüers Zieschang in Leisgau u. G. G. G. G., des Markthelfers Greter und Schlegel's in Chemnitz für unzulässig erklärt.

Die Wahl des Chemnitzer Abgeordneten für die 2. Kammer, Herrn Eugen Gsche, ist für gültig erklärt worden.

### Sächsisches.

**Dresden.** Ein hiesiger, 40 Jahre alter Gewerbetreibender sprang in der Nacht zum Montag 12 Uhr von der Augustenbrücke in die Elbe, um sich zu erdrosseln, schlug aber auf dem Pfeiler auf und blieb mit dem Kopfe und Oberkörper auf dem Pfeiler todt liegen. Wegen des starken Eises war es nicht möglich, mit dem Rettungsfahrer heranzukommen. Ein Feuerwehmann Ramms Wagner II. ließ sich an einem Seile, welches er an seinem Gürtel befestigte, in die Tiefe hinab. Lange Zeit hatte er zu arbeiten, ehe er den regungslosen Körper aus dem Wasser brachte und so beizugehen konnte, daß man den Todten auf die Straße ziehen konnte. Als der müdige Feuerwehmann selbst wieder die Brücke verlassen hatte, brachte ihm das in Massen angeammelte Passantenpublikum ein Hoch aus und veranstaltete sofort eine Beisammelung für denselben, die ziemlich reichlich ausfiel. Der Leichnam ward nach dem Friedhofe übergeführt.

**Bautzen.** Am 28. v. M. sind die der Gutbesitzerin Wilhelmine verchel. Hilberg in Guttan geführte Scheune, sowie das Stall- und Schuppengebäude durch Feuer zerstört worden. Nachdem der Brand bewältigt war, gerieth das Auszugswohngebäude desselben Gehöftes am 1. d. M. in Brand und ist dasselbe ebenfalls zerstört worden.

**Leipzig.** 4. März. In einer gestern Abend hier stattgefundenen Versammlung der Tapeziers stellte der Vertrauensmann mit, daß nur 4 Arbeitgeber auf die seitens der Gehilfen gestellten Forderungen (Mündige Arbeitszeit bei 37 Pfg. Mindestlohn, 25 Proc. Lohnzuschlag für Ueberstunden, 50 Proc. für Sonntag- und 100 Prozentigen für Nachtarbeit, Auslösung von 1-2 Ml. bei Landarbeit und Einführung der 14tägigen Kündigungskfrist) eingegangen seien, die übrigen aber ablehnend sich verhalten hätten, während nach Angabe des Vorsitzenden des Innungs-Ausschusses, der ebenfalls mit der Innung wegen der gedachten Forderungen verhandelt hat, von der Innung nur die Bewilligung einer 10tägigen Arbeitszeit bei 30 Pfg. Stundenlohn zugesichert worden ist. Es wurde die Aufrechterhaltung der gestellten Forderungen verhandelt hat, wo selbige nicht bewilligt werden sollten, Einstellung der Arbeit für nächsten Sonnabend beschlossen. 148 Gehilfen verpflichteten sich sofort namens-unterzeichnetlich zur Theilnahme an dem allen Aufsehen nach gar nicht zu vermeidenden Streik.

**Senefeld.** Pastor Böllig hier erhielt das Ritterkreuz 1. Classe vom Verdienstorden.

**Hartmannsdorf.** Bei hiesiger Sparcasse wurden im Monate Februar 10,789 Ml. 62 Pfg. in 136 Posten eingezahlt und 5064 Ml. in 31 Posten zurückgezahlt.

**Burkhardttsdorf.** Wurde am Sonntag, den 2. März, eine von 600 Wirthern beschickte Versammlung abgehalten, welche auf Antrag einer Deputation des Chemnitzer Verbandes beschloß, einen

„Ganz gut, aber es ist bekannt, daß er seiner Zeit Injungeren in Zwuelen angelegt, die er förmlich aufgehäuft. Bei seiner Flucht nahm er mehrere Kisten voll kostbarer Edelsteine, großer Perlen und so weiter mit sich.“

„Und hat sie verkauft oder thut es noch, wollen Sie sagen? Aber wo, wenn ich bitten darf? Haben Sie seit seiner Anwesenheit in Frankreich je von einem größeren Juwelenkauf oder Verkauf gehört? So etwas macht doch von sich reden, wenn es in größerem Umfange geschieht — schon der Geschäftshaber, welcher einen solchen bemerkenswerthen Kauf macht, läßt es doch in seinem Interesse, um seiner Ansehenshaft und seines Geschäftsrühmes willen laut werden!“

„So zweifeln Sie an diesem Juwelenkauf?“

„Ganz bestimmt.“

„Viele glaubwürdige Personen aber haben ihn in Tunis bei Marad, den sie dort besuchten, gesehen — unter Anderem der französische Consul, der mir selbst davon erzählt. Marad zeigte ihm, um damit zu prunken, seinen Juwelenreichthum, drei Cassetten voll, darunter Stücke von höchstbedeutendem Werth.“

„Da bestreite nicht, daß Marad sie besessen hat, aber — aber er hat sie nicht mit nach Frankreich gebracht, sondern unterwegs eingekauft.“

„Wie? Ist es möglich?“

„Nicht nur möglich, sondern Thatsache. Er ist seiner Schätze auf der Reise beraubt worden.“

„Wie das?“

„Ich erzähle die Sache von einem Schiffscapitän, mit dem ich mich auf meiner erwhähnten Reise in Gesellschaft eben desselben Franzosen aus Tunis besah, von dem ich zu Ihnen vorher sprach. Der Capitän selbst war eigentlich die Ursache, daß wir auf Marad zu sprechen kamen, indem er sich bei mir nach dem Ergehen desselben erkundigte, als er hörte, daß ich aus Paris kam. Der alte Seemann commandirte früher einen kleinen Küstendampfer, den „Tripos“, auf welchem Marad seine Flucht aus Tunis bewerkstelligte, nur begleitet von seinem Secretär Straßl und einer sehr hübschen jungen Dame. Die Reiskisten litten Schiffbruch, retteten sich jedoch sammt der Mannschaft auf eine unechtige Insel — auf dieser aber sind sie von einer Abadertruppe überfallen und vollständig ausgeplündert worden.“

Fortsetzung folgt.

Wird  
thofe  
Abge  
griff  
Stra  
die  
laute  
Stra  
nau  
nau  
so v  
groß  
lande  
me  
wied  
gilt  
schnel  
word  
Nach  
hier  
zu d  
unzu  
dann  
noch  
Gast  
Die  
der  
aus  
gold  
nach  
Theil  
Die  
ganze  
Heim  
nicht  
perfor  
Der  
Dre  
gestell  
Punk  
lang  
wurde  
den  
Stadt  
sunder  
Regul  
Befehl  
da die  
sehr  
ein M  
Tages  
Sprach  
erhol  
und an  
vordr  
Die  
beruht  
Arbeits  
von d  
wur.  
De m  
wählt  
Walt  
ordnun  
eingel  
als au  
auch e  
scheint  
die wie  
einzig  
Bischo  
sich, zu  
Wag  
im S  
von d  
festge  
mach  
als auf  
gen un  
mäßig  
unbill  
gältich  
Theile  
das G  
gehört  
fordert  
Entwer  
übertra  
Wag  
Mare  
wichtig  
auf ter  
Beginn  
g-komm  
machen,  
besten  
durch  
sichtig  
berhan  
Bierpal  
schwind  
rauf an  
großmä  
Zeit un  
welche  
ten 7.